

RICHARD HAIMANN

**E**in Osterfest mit eisigem Nordost-Wind und schneebedeckten Böden in weiten Teilen Deutschlands. Der Winter scheint in diesem Frühjahr kein Ende zu nehmen. Zahlreiche Eigenheimbesitzer haben in den vergangenen Tagen bereits vorsorglich ihren Heizölbestand nachgefüllt und sind nun über die Feiertage am Grübeln: Wäre es nicht sinnvoll, das Haus energetisch auf Vordermann zu bringen? Sollten die Fassaden nicht stärker gedämmt werden, um Heizkosten zu sparen?

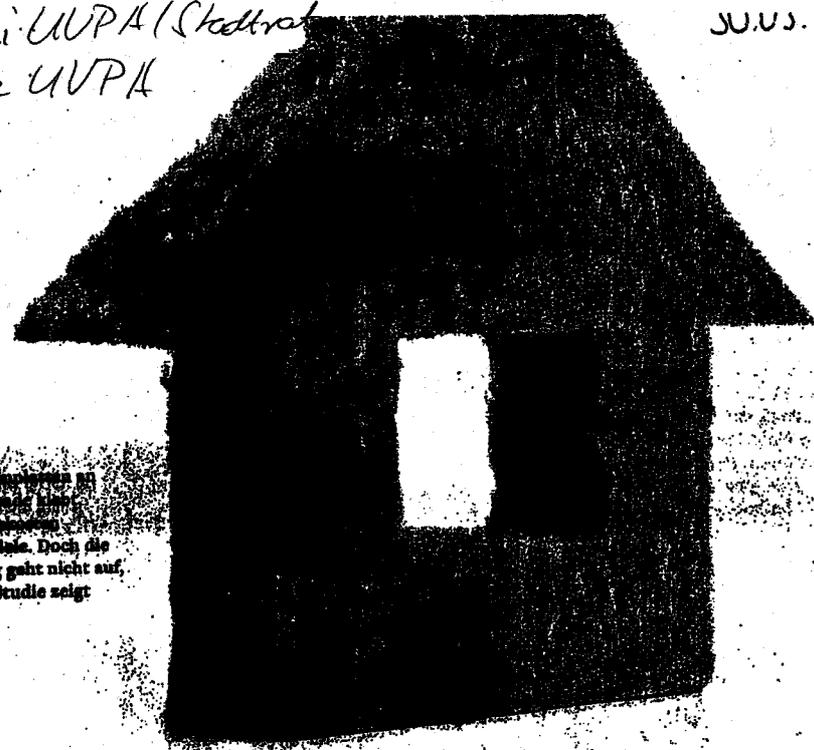
Doch bevor Aufträge an Handwerksbetriebe unterschrieben und Dämmstoffe geordert werden, lohnt sich ein eingehender Blick in eine neue Studie, die das Forschungsinstitut Prognos für die staatliche Förderbank KfW über Kosten und Nutzen der Energiewende erstellt hat. Die Untersuchung kommt nämlich zu einem ernüchternden Ergebnis: Energetische Sanierungen verschlingen mehr Geld, als durch sie eingespart wird. Selbst die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für den Neubau besonders energiesparender Wohngebäude werden sich nicht amortisieren. Die Investitionen ließen sich „nicht allein aus den eingesparten Energiekosten finanzieren“, schreibt die KfW.

Das Papier ist brisant: Ob schwarz-gelb, rot-grün oder die große Koalition – alle Parteien, die seit der Jahrtausendwende an der Regierung waren, haben sich ein großes Ziel gesetzt. Der Heizenergieverbrauch in deutschen Wohngebäuden soll bis 2050 um 80 Prozent gesenkt werden, um die Kohlendioxidemissionen zu reduzieren. Das bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehende Gas steht im Verdacht, das globale Klima zu erwärmen. Immer wieder wurde deshalb die Energieeinsparverordnung (EnEV) verschärft. Immer stärkere Dämmungen für Neubauten vorgeschrieben. Seit 1993 wurden nach Angaben des Fachverbands Wärmedämm-Verbundsysteme 769,1 Millionen Quadratmeter Dämmplatten an deutsche Häuser geklebt – eine Fläche, die größer ist als der Stadtstaat Hamburg. Doch ob sich die gewaltigen Kosten rechnen, wurde von keiner Regierung untersucht – bislang. Die Prognos-Studie ist jetzt das erste Rechenwerk. Und sein Ergebnis ist für die Politik katastrophal.

Um die Energieeinsparziele zu erreichen, sind der Studie zufolge bis zum Jahr 2050 „wohnungswirtschaftliche Investitionen“ über insgesamt 838 Milliarden Euro nötig. Dadurch könnten jedoch nur „Energiekosten von 370 Milliarden Euro eingespart werden“, haben die Prognos-Forscher errechnet. Unter dem Strich entsteht somit ein Gesamtverlust von 468 Milliarden Euro. Dafür müssen sowohl Eigentümer als auch Mieter und Steuerzahler aufkommen, die direkt, indirekt oder über Förderinstrumente den energetischen Umbau mitbezahlen. „Die Studie zeigt, dass die Energieeinsparauflagen bar jeglicher ökonomischer Vernunft sind“, sagt Thomas Beyerle, Chefresearcher der Immobiliengesellschaft IVG.

Dennoch wendet die Bundesregierung Jahr für Jahr Milliardenbeträge auf, um über die KfW mit Fördergeldern und zinsgünstigen Darlehen die energetische Sanierung bestehender und den Neubau besonders energieeffizienter Wohnhäu-

Wer Dämmarbeiten an seine Fassade lässt, spart Heizkosten. Das glauben viele. Doch die Rechnung geht nicht auf, wie eine Studie zeigt.  
GERTY HAIMANN



# Die große Lüge mit der Wärmedämmung

Die Kosten der Sanierung übersteigen die Einsparungen deutlich

ser voransubringen. Allein in diesem und dem nächsten Jahr sind dafür jeweils 1,8 Milliarden Euro vorgesehen. „Faktisch ist das eine Verschleuderung von Steuergeldern“, sagt Beyerle.

Das Ergebnis der Studie bestätigt zugleich Kritiker wie den Architekten Konrad Fischer aus Hochstadt am Main. Sie warnen seit Jahren, die Dämmung von Fassaden führe nicht zu der von Bauwirtschaft und Regierung versprochenen

Senkung der Heizenergiekosten. „Ich kenne kein Wärmedämmsystem, dessen Kosten sich durch eine Energieersparnis in einem überschaubaren Zeitraum amortisieren würde“, sagt Fischer.

Zwar zeigt die Studie auch, dass Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz von Wohngebäuden positive volkswirtschaftliche Auswirkungen haben. 200.000 bis 300.000 Arbeitsplätze könnten so in der Bauwirtschaft und

dem Handwerk bis 2050 gesichert werden. „Große Investitionen in den Klimaschutz tragen zu Wachstum und Beschäftigung bei“, sagt KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner.

Ganz anders sieht das Researcher Beyerle: „Nach diesem Argumentationsmuster könnte die Politik auch höhere Fahrpreise und Kontoführungsgebühren festschreiben, damit die Bahn keine Mitarbeiter entlassen und Banken ihre Bonuszahlungen nicht reduzieren müssen.“ Es gebe keinen Grund, weshalb Eigenheimbesitzer dafür zahlen sollten, dass in der Bauwirtschaft Arbeitsplätze erhalten blieben.

Betroffenen sind jedoch nicht nur Hauseigentümer, sondern auch Mieter. Denn sie werden genauso für die Umsetzung der Energieparziele zur Kasse gebeten. „Die Kosten für eine Sanierung oder für besonders stark gedämmte Neubauten müssen sie über höhere Mieten mittragen“, sagt Beyerle.

Bei jeder Verschärfung der EnEV wurden die Dämmvorgaben für neue Ein- und Mehrfamilienhäuser über Änderungen in der Energieeinsparverordnung um jeweils 30 Prozent angehoben. Das hat die Neubaukosten kräftig in die Höhe getrieben. Bei einem nach der aktuellen EnEV-Norm errichteten Einfamilienhaus entfallen nach Berechnungen der Deutschen Energieagentur von den Vollkosten von 400 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche bereits 15 Euro auf die energieeinsparbedingten Mehrkosten. Bei einem besonders effizienten Neubau, der nur 55 Prozent des rechnerisch erlaubten Energieverbrauchs aufweist, steigt der Quadratmeterpreis auf 540 Euro – von denen 250 Euro auf die zusätzlichen Energiesparmaßnahmen entfallen. Und ein Ende der Preissteigerungen ist nicht in Sicht: 2014 und 2016 will Berlin die Anforderungen nochmals um jeweils 12,5 Prozent anheben.

KOMMENTAR  
MICHAEL FABRICIUS

## Qualität statt Übereifer

**D**er Umbau aller deutschen Immobilien in energiesparende Effizienzhäuser ist ein gigantisches Zuschussgeschäft. Das ist wohl allen Politikern bewusst, die immer schärfere Vorschriften erlassen, um Hausbauer und Hausbesitzer zum Einbau alternativer Energieerzeugung und dicker Dämmschichten zu bewegen. Die Kosten für Baustoffe, Geräte und Installation sind so hoch, dass sie niemals durch die Ersparnis von Energiekosten wieder eingespielt werden. Ohne den Einsatz von Milliardensubventionen geht es also nicht. Gerade deshalb gibt es zinsgünstige Kredite und direkte Zuschüsse – finanziert vom Steuerzahler. Und damit nicht genug: Vermieter werden einen guten Teil der Bau- und Sanierungskosten an ihre Mieter weitergeben und Eigenheimbesitzer bleiben ohnehin auf dem Großteil der Ausgaben selbst sitzen.

Am Ende zahlen also alle Bürger kräftig drauf. Erstmals wird nun aber deutlich, wie groß der Fehlbetrag ist: Bis 2050 sind es 470 Milliarden Euro.

Nicht eingerechnet sind noch unbekannte Kosten, die bei der Entsorgung minderwertiger Solarpaneele und kaputter Polystyrol-Platten entstehen werden. Denn da die meisten Hausbesitzer nach wie vor wirtschaftlich denken und handeln, installieren sie selbstverständlich das günstigste Material, hauptsächlich die Vorgaben werden kurzfristig erfüllt.

Es wird immer deutlicher, dass im Eifer des Klimaschutzes massenweise ineffiziente Technologie verbaut wird. Mehr Förderung hilft da nichts. Das Ergebnis wäre nämlich keineswegs eine höhere Energieeffizienz, sondern mehr billiges Baumaterial, das wir in einigen Jahren wieder frustriert abmontieren und wegschmeißen werden. Besser wäre es, nicht die Produktion von Styropor-Platten und China-Paneelen zu fördern, sondern die technologische Verbesserung der Baustoffe selbst. Weniger Hektik, mehr Qualität beim Energie-Umbau würde den Milliarden-Fehlbetrag deutlich verringern.

michael.fabricius@welt.de

Warnwicketeuer